

**ZK-Information „Zur aktuellen politischen Lage in der DDR“ vom 30. Oktober 1989<sup>1</sup>**

Die politische Lage in der Republik ist weiterhin ernst, kompliziert und sensibel. In zahlreichen Städten wird das öffentliche Leben nach wie vor von Demonstrationen, Kundgebungen und größeren Gesprächsrunden beeinflusst.

Die Situation in den produzierenden Bereichen ist im wesentlichen stabil, wird jedoch in vielen Betrieben von fehlendem Material, Ersatzteilen und Zulieferungen stark beeinflusst.

Die Versorgung der Bevölkerung mit Waren des täglichen Bedarfs ist gewährleistet. In einigen Städten und ländlichen Gebieten kommt es zu Störungen infolge des Ausfalls von Transporten, Arbeitskräften und des Fehlens von Waren. Ordnung und Sicherheit sind gewährleistet.

In den vergangenen Tagen ist eine außerordentliche Zunahme geistiger Aktivität, reger politischer, oft kontroverser Diskussionen und schöpferischer Gedanken zu verzeichnen. Dieser Prozeß verläuft widersprüchlich. Er bringt zur Zeit mehr Fragen auf den Tisch als Antworten gegeben werden können.

Die Zeit eines intensiven Dialogs zwischen Volk und Partei und umgekehrt ist angebrochen. Er gewinnt an Tiefe und Breite und erfaßt immer mehr Schichten und Lebensbereiche unserer Gesellschaft. Das Charakteristische ist, daß es ein stark angestautes Bedürfnis für den konstruktiven politischen Dialog gibt und daß sich die Konturen einer kulturvollen Diskussion und umfassenden Information über die Fragen der Innenpolitik allmählich beginnen durchzusetzen. Angriffe parteifeindlicher Kräfte sind dabei nicht zu unterschätzen.

Mit Hinweis auf Fortsetzung fand gestern in der Hauptstadt mit über 20.000 Bürgern das Sonntagsgespräch „Offene Türen - offene Worte“ statt; ebenso fanden solche Dialoge am Karl-Marx-Platz in Leipzig, in Karl-Marx-Stadt, Dresden, Plauen, Erfurt, Senftenberg, Greiz und in anderen Orten der Republik statt.<sup>2</sup>

Die oft kontrovers geführten Gespräche, die sowohl durch Beifall, Zwischenrufe und Pfiffe begleitet werden, behandelten solche Themen wie:

- Führungsrolle der Partei,
- Rechtsstaatlichkeit,
- Volksbildung,
- Wahlgesetzgebung,
- Demonstrations- und Vereinigungsrecht,
- Reisetätigkeit und anderes.

In vielen emotional stark aufgeladenen Diskussionen widerspiegelt sich großer Vertrauensverlust in die führende Rolle der Partei, Erschütterung im Bewußtsein der Bürger, das bis zur Enttäuschung, Resignation und Zorn reicht. Das zeigt sich auch in den Reihen der Partei.

---

<sup>1</sup> Diese Vorlage für die SED-Politbürositzung am 31. Oktober 1989 wurde von der ZK-Abteilung Parteiorgane ausgearbeitet und von ZK-Sekretär Horst Dohlus abgezeichnet.

<sup>2</sup> Über die Demonstrationen berichteten die DDR-Medien ausführlich. Das Berliner „Sonntagsgespräch“ vom 29. Oktober 1989 nahm im ND über eine ganze Seite ein.

*Hauptfragen, die immer wieder gestellt werden:*

- Warum konnte es so weit kommen? Eine schonungslose Analyse der Ursachen sei notwendig.
- Die Wende sei ohne eine selbstkritische, ungeschminkte, öffentliche Übernahme der Verantwortung für die eingetretene Krise, für Schönfärberei und Fehlentscheidungen nicht möglich.
- Da der Druck für die Erneuerung von unten kommt, müsse jetzt in der Zentrale schneller reagiert und gehandelt werden. Wobei sich zeige, daß der Prozeß des Umdenkens bei einer Reihe leitender Partei- und Staatsfunktionäre sehr differenziert und widersprüchlich verläuft.

Der Beschluß des Staatsrates über eine Amnestie vom 27.10.1989 und die Mitteilung des Innenministeriums der DDR über die Wiedereinführung des paß- und visafreien Reiseverkehrs in die CSSR werden begrüßt und als richtige und zeitgemäße Maßnahmen betrachtet.<sup>3</sup>

Die Zentralratstagung der Freien Deutschen Jugend wird sehr differenziert, teilweise mit Kritik und Empörung aufgenommen. Auf ihr sei vor allem ein Katalog von Forderungen aufgestellt worden, ohne jedoch die eigene Verantwortung dabei zu sehen. Insbesondere wird das fordernde Auftreten von Studenten kritisiert.<sup>4</sup>

*Schwerpunkt der politischen Führungstätigkeit der Bezirks- und Kreisleitungen* bildet nach wie vor die Formierung der Parteikräfte entsprechend der Aufgabenstellung der 9. Tagung des ZK der SED, der Volkskammertagung und des Fernschreibens des Genossen Egon Krenz vom 24.10.1989.

Deutlich wird, daß sich Parteiorgane und Leitungen stärker auf einen stabsmäßigen, der neuen Lage entsprechenden Führungsstil einzustellen beginnen.

Mit zunehmender Konkretheit werden mit der aktuellen Lageeinschätzung zugleich konzeptionelle Maßnahmen für die weitere komplexe und differenzierte politisch-ideologische Arbeit in den Kreisparteiorganisationen, Grundorganisationen und Schwerpunktterritorien herausgearbeitet und gemeinsam mit den Parteileitungen beraten und umgesetzt.

Mit den in den letzten Tagen durchgeführten Mitgliederversammlungen, Parteigruppenberatungen und persönlichen Gespräche wird sichtbar, daß die Wirksamkeit der Führungsarbeit und der entwickelten vielfältigen politischen Aktivitäten auf die Genossen in den Grundorganisationen nach wie vor sehr differenziert ist und sich der Formierungsprozeß noch sehr langsam vollzieht.

Im wachsenden Maße erkennen Genossen ihre hohe persönliche Verantwortung bei der tatkräftigen Bewältigung der anstehenden Probleme insbesondere im eigenen Partei- und Arbeitskollektiv und stellen sich den Aufgaben mit parteimäßigen Positionen und konstruktiven Hinweisen an die Parteileitungen und die 10. Tagung des ZK.

Insgesamt sind jedoch Abwartehaltungen und Forderungen nach klaren konzeptionellen Orientierungen durch die Parteiführung sowie Zweifel und Mißtrauen zur erfolgreichen und dauerhaften Wende und zur Arbeit des Politbüros nicht überwunden.

---

<sup>3</sup> Vgl. ND, 28./29. Oktober 1989. Die Aussetzung des paß- und visafreien Reiseverkehrs für DDR-Bürger nach der CSSR wurde ab 1. November 1989 wieder aufgehoben.

<sup>4</sup> Auf der 12. Tagung des FDJ-Zentralrats in Berlin am 26./27. Oktober 1989 waren z. B. Forderungen nach Schaffung eines sozialistischen Studentenbundes im Rahmen der FDJ erhoben worden. Vgl. Junge Welt, 28./29. Oktober 1989.

### *Zur Lage in der Partei*

Ein großer Teil der Genossen hat die Bedeutung der 9. Tagung des ZK erfaßt, der Kurs der Erneuerung wird engagiert unterstützt, und es werden Anstrengungen zur Wiedererlangung der politischen Offensive und des Vertrauens des Volkes unternommen.

Bei einer Reihe Genossen, darunter auch Funktionären, zeigen sich mangelnder Wille bzw. Vermögen, sich auf die neuen gesellschaftlichen Erfordernisse einzustellen.

Starke Emotionen löste bei vielen die Tatsache aus, daß es erst gesellschaftlicher Erschütterungen bedurfte, bevor die Parteiführung auf Fragen und Probleme reagierte, die bereits seit langem von vielen Grundorganisationen und einzelnen Genossen signalisiert wurden. Tendenzen gestörten Vertrauens zur Parteiführung sowie abwartende Positionen sind noch nicht überwunden.

Seit Anfang September 1989 erklärten 36.209 Mitglieder und Kandidaten den Austritt aus der Partei, in der großen Mehrheit, bevor das persönliche Gespräch geführt werden konnte. Sichtbar wird, daß sie teilweise aus Protest die Partei verlassen haben oder auch resignierend nicht mehr bereit sind, für die Ziele und Werte des Sozialismus in den Reihen der Partei zu kämpfen.

Der Klärungsprozeß in den Grundorganisationen hat vielerorts noch nicht dazu geführt, einheitliches und geschlossenes Handeln aller Kommunisten zu gewährleisten. Deutlich erkennbar ist die Meinung, daß verlorengegangenes Vertrauen nur zurückgewonnen werden kann, wenn das politische System der DDR breiten Dialog und ständige Volkskontrolle von unten nach oben gewährleistet und brennende Probleme mit aller Konsequenz angepackt werden.

Teile der Partei haben noch nicht zu kämpfen begonnen, sehr stark bewegen immer noch Fragen zur innerparteilichen Demokratie und Fragen des Findens einer eigenen Position zur eingeleiteten Wende.

Bei nicht wenigen Genossen gibt es einen tiefen Schock über die Lagekenntnis und mangelnde Kollektivität der Parteiführung. Zu Fragen, wie das künftig verhindert werden kann, gibt es die unterschiedlichsten Auffassungen, die man auch für die eigene Grundorganisation bis zu den Parteiwahlen geklärt haben will.

Im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Parteiwahlen wird der Druck, mehrere Kandidaten aufzustellen, stärker. Vor allem aus intellektuellen Kreisen mehren sich Fragen zum Führungsanspruch der SED.

Besonders in Grundorganisationen mit hohem Intelligenzanteil werden von Genossen Positionen und Forderungen vertreten, die denen des „Neuen Forum“ entsprechen oder nahe kommen.

Kommunisten, die konsequent den Standpunkt der Partei vertreten, sind oft in der Rolle von Einzelkämpfern. Auch in öffentlichen Versammlungen fallen ihnen andere Parteimitglieder in den Rücken, so daß es auf Foren und anderen Veranstaltungen mehr und mehr zu Auseinandersetzungen zwischen Genossen in der Öffentlichkeit kommt.

In Teilen der Partei, darunter solchen Grundorganisationen wie Hans-Otto-Theater Potsdam, Theater der Stadt Brandenburg und Hochschule für Film und Fernsehen „Konrad Wolf“ Potsdam-Babelsberg sind parteiliche Positionen völlig verlassen worden.

Parteileitungen und Parteimitglieder erwarten baldige inhaltliche Aussagen zur Erneuerung der Partei, damit sich die SED an die Spitze des Erneuerungsprozesses stellt. Rigoros sollte vom

Zentralkomitee bis in die Grundorganisationen gegen Formalismus und bürokratische Auswüchse sowie Augenauswischerei vorgegangen werden.

Weiterhin stark zugenommen haben unduldsam und teilweise sehr aggressiv geführte Diskussionen über Privilegien für leitende Partei- und Staatsfunktionäre. Immer wieder und breit werden genannt die Sonderläden, Vergünstigungen für NSW-Urlaubsreisen, Jagdgebiete, Sonderflugzeuge (Urlaub), Erhalt und Besitz von Devisen und die Vergünstigungen, die stark unter Kritik stehen, für Kinder, Enkel und Verwandte von Politbüro- und Regierungsmitgliedern.

Gegenstand scharfer Diskussion war der Neubau des Gebäudes der Kreisleitung der SED auf der Insel Rügen in Bergen. Der Bau wurde in Beziehung gebracht mit nichtgelösten Problemen im Bettenhaus des Krankenhauses Bergen, des Dienstleistungsgebäudes Rotensee sowie gastronomischer und kultureller Einrichtungen. Es wird vorgeschlagen, das Gebäude der Kreisleitung in eine Einrichtung für geschädigte Kinder umzuwandeln.

Die Diskussionen im Kreis Oelsnitz sowie anderen Kreisen des Bezirkes Karl-Marx-Stadt zu dem hohen Ausstattungsgrad im „Haus am See“ sowie über größere Ferienheime der Partei und das Haus des Bundesvorstandes des FDGB an der Jannowitzbrücke in Berlin halten an.

#### *Über Diskussionen und Meinungen zum FDGB*

Nach der Sondersendung von „ELF 99“ im Fernsehen der DDR über aktuelle Fragen der Gewerkschaftsarbeit gibt es unter großen Teilen der Werktätigen eine starke Erwartungshaltung an die außerordentliche Sitzung des Bundesvorstandes des FDGB.

Die vom Genossen Harry Tisch bezogene Position, er werde die Vertrauensfrage im Bundesvorstand stellen, habe viele nicht überrascht.<sup>5</sup>

Unter breiten Teilen der Gewerkschaftsmitglieder ist das Vertrauen zum Vorsitzenden des Bundesvorstandes des FDGB, Genossen H. Tisch, aufgrund seines Auftretens in jüngster Zeit stark erschüttert. Seine Reden und Gespräche würden nicht die politische Massenarbeit an der Basis unterstützen. Von der Sondersitzung des FDGB-Bundesvorstandes wird erwartet, daß sie niemanden aus seiner Verantwortung entläßt und daß selbstkritisch zu den bürokratischen Auswüchsen und dem Formalismus in der Gewerkschaftsarbeit Stellung genommen wird.

Es wird abgelehnt, daß Genosse Harry Tisch als Mitglied des Politbüros nur Schuldzuweisungen für andere hat, ohne sich selbst der Verantwortung als Vorsitzender des Bundesvorstandes zu stellen.

Sein bisheriges Auftreten wird als Versuch gewertet, Mängel und Fehler in der Gewerkschaftsarbeit der Partei anzulasten, anstatt zuerst die eigene Arbeitsweise kritisch zu analysieren. In diesem Zusammenhang wurden auch seine Bemerkungen kritisiert, daß er nichts davon halte, wenn in Betrieben von einem „Dreiklang“, von schematischer Zusammenarbeit von Gewerkschaft, Betriebsleitung und Partei gesprochen werde.

Viele der Äußerungen des Genossen Tisch, so werde immer wieder gesagt, lassen ungenügende Lebensnähe erkennen.

---

<sup>5</sup> Am 23. Oktober 1989 war Harry Tisch in der Fernsehsendung „Elf 99“ mit Positionen aufgetreten, die den Protest vieler Gewerkschaftsmitglieder hervorriefen. Auf der 10. Tagung des FDGB-Bundesvorstands am 30. Oktober 1989 hatte Tisch daraufhin angekündigt, die Vertrauensfrage zu stellen. Vgl. Tribüne, Berlin, 31. Oktober 1989. - Aufgrund weiterer Proteste kündigte Tisch noch am 31. Oktober seinen Rücktritt an, der am 2. November 1989 vollzogen wurde.

### *Zur Lage in der Wirtschaft und in der Versorgung der Bevölkerung*

In den Betrieben der Industrie und des Bauwesens unternehmen die Werktätigen große Anstrengungen zur Erfüllung der Planaufgaben.

In Betrieben, in denen Entscheidungen durch Kombinate erforderlich sind, spitzt sich die Lage aufgrund nicht ausreichender Kooperations- und Zulieferleistungen materiell-technischer Probleme und fehl[ender] Arbeitskräfte in der Produktionsdurchführung zu.

In Gesprächen werden immer wieder Probleme aufgeworfen, deren Lösung von übergeordneten wirtschaftsleitenden Organen Entscheidungen voraussetzen.

*Häufig werden angesprochen:*

- Die proportionale Entwicklung der Volkswirtschaft auf der Grundlage realer Planung,
- die Einheit von Plan, Bilanz und Vertrag,
- die materiell-technische Sicherung der Produktion und
- die gesamtgesellschaftliche Durchsetzung des Leistungsprinzips.

Werktätige des Kleiderwerkes Oschersleben sind empört, daß seit Monaten keine Entscheidung zur Abnahme von mehr als 6.000 eingelagerten Kinderanoraks getroffen werden. Für 1990 ist wiederum die Produktion solcher Anoraks vorgesehen.

Die Transportsituation bei der Deutschen Reichsbahn ist weiter angespannt. Die Transportanforderungen konnten in den vergangenen Tagen erneut nicht voll abgedeckt werden.

Große Anstrengungen bedarf es weiter, um Rangierbahnhöfe personell zu sichern und den Triebfahrzeugeinsatz zu gewährleisten. Die Arbeit des Fährkomplexes Mukran wird durch die Lage bei den sowjetischen Eisenbahnen weiterhin negativ beeinflusst.

Die unzumutbaren Zustände auf den Bahnhöfen Berlin Hauptbahnhof und Lichtenberg sowie Frankfurt (Oder) setzen sich fort. Die Angriffe und Belästigungen durch polnische Bürger gegenüber Eisenbahnen und Volkspolizei nehmen zu.

Die Stimmung muß als brisant eingeschätzt werden. Sie wird noch verschärft durch die illegalen Handelsgeschäfte und die nach Meinung vieler nicht mehr zu duldenen Einkaufspraktiken polnischer Bürger.

Die Lage in der Versorgung der Bevölkerung, im Dienstleistungsbereich und im Gesundheitswesen ist angesichts der drastischen Auswirkungen des Fehlens von Arbeitskräften, besonders Fachkräften, sehr gespannt.

Verstärkt kommt es zu Einschränkungen der Öffnungszeiten von Handelseinrichtungen und Rückständen bei der tagfertigen Auslieferung des Sortiments Waren täglicher Bedarf und von Bier.

Es verbreitert sich die Auffassung, die Regierung reagiere auf Versorgungsprobleme zu schwerfällig und zu langsam. In diesem Zusammenhang gibt es weiterhin kritische Äußerungen zum Interview des Genossen Stoph.<sup>6</sup>

---

<sup>6</sup> Willi Stoph hatte der Fernsehnachrichtensendung „Aktuelle Kamera“ und dem DDR-Rundfunk ein Interview gegeben. Den Wortlaut vgl. in ND, 27. Oktober 1989.

Das Auftreten des Gesundheitsministers Prof. Dr. Thielmann fand in der Bevölkerung eine starke positive Resonanz, weil er die Lage real beurteilt, Entscheidungen trifft und klare Weisungen erteilt.<sup>7</sup>

Gedrängt wird auf notwendige Entscheidungen für die Finanz- und Zollorgane, um die abnormen Abkäufe durch ausländische Bürger einzudämmen.

In Berlin Prenzlauer Berg wurde in der Kreisleitung die Lage in den Altbaugebieten eingeschätzt, in denen viele Bürger bei extremen Witterungsbedingungen gefährdet sind. Das betrifft tausend Bürger in Häusern, wo jetzt Reparaturen durchgeführt werden. Der Auszug aus gefährdeten Häusern verzögert sich, weil von den 1.400 zugesagten Neubauwohnungen erst 500 übergeben worden sind. Gefordert wird, 100 Betten in Altersheimen sofort zu schaffen, um gefährdete ältere Menschen in diesem Stadtgebiet im Notfall unterzubringen.

*Quelle: SAPMO - BArch, SED, ZK, J IV 2/2A/3252.*

Aus: Stephan, Gerd-Rüdiger/Küchenmeister, Daniel (Hrsg.) (1994). Dokument 42. ZK-Information „Zur aktuellen politischen Lage in der DDR“ vom 30. Oktober 1989, in: „Vorwärts immer, rückwärts nimmer!“. Interne Dokumente zum Zerfall von SED und DDR 1988/89, Berlin: Dietz Verlag, 186–192.

Mit freundlicher Genehmigung der Herausgeber und des [Verlages](#).

---

<sup>7</sup> Gesundheitsminister Prof. Klaus Thielmann hatte sich in Berlin zu aktuellen Problemen im DDR-Gesundheitswesen geäußert. Vgl. Berliner Zeitung, 28./29. Oktober 1989.